

Luxemburg

Wichard Woyke

Luxemburgs Europapolitik wurde nachdrücklich durch Premierminister Juncker und Außenminister Asselborn bestimmt. Als inzwischen nur noch zweitkleinstes Land in der EU – Malta hat mit 404.000 Einwohnern und 316 km² Fläche Luxemburg (457.000 Einwohner und 2.586 km² Fläche) – profitiert das Großherzogtum außerordentlich von seiner EU-Mitgliedschaft, so dass es mit einem BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten von 251 Prozent weit vor dem zweiten Mitgliedstaat Irland (139%) über dem EU-Durchschnitt (100%) liegt.

Weiterhin Promotor der Integration

Für Luxemburg galt es, den europäischen Integrationsprozess weiter voranzubringen. Die Abhängigkeit Luxemburgs von Europa machte Außenminister Asselborn folgendermaßen deutlich: „Als Luxemburger müssen wir politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell an einem starken und funktionierenden Europa interessiert sein. Wir sind nämlich dermaßen von den anderen Ländern abhängig, das wir nichts selbst bestimmen können.“¹ So entwickelte Außenminister Asselborn zusammen mit seinem spanischen Kollegen Miguel Angel Moratinos Ende 2006 eine Initiative, die mit dem Titel „Das Europa, das wir wollen“ überschrieben war.² Danach muss die EU eine Antwort finden auf die Erwartungen der Bürger hinsichtlich der Herausforderungen in der Umweltpolitik, der Energiepolitik, der Immigration, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie der inneren und äußeren Sicherheit. Asselborn und Moratinos dachten, dass die Hoffnungen der Bürger einerseits auf der Errichtung eines echten Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und andererseits auf einer einheitlichen Außenpolitik ruhten. So plädierten beide Außenminister für eine Union, die ihre Stimme in der internationalen Politik mit Festigkeit, aber ohne Arroganz in den wichtigen Bereichen der Klimapolitik, der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und im internationalen Handel erheben sollte. Europa könnte sich nicht den Luxus leisten, abwesend zu sein. So luden beide Regierungen die bisherigen 18 Unterzeichnerstaaten der EU-Verfassung zu einer informellen Konferenz im Januar 2007 nach Madrid ein, um über die weitere Entwicklung der EU zu diskutieren.

Außenminister Jean Asselborn versteht die EU aufgrund ihrer Mitgliederzahl, ihres Anteils an den weltweit erwirtschafteten Leistungen und nicht zuletzt aufgrund ihres Beitrags in der Entwicklungspolitik zwangsläufig als einen globalen Akteur.³ Deshalb müsse sich die EU auch über ihre Struktur und weitere Mitglieder klar werden. In dieser Rede setzte er sich für den Beitritt der Türkei ein, aber einer Türkei, die sich kulturell nicht assimilieren sollte an europäische Standards. Allerdings muss sie als Land der islamischen Welt die Grundrechte in Menschenrechtsfragen auf die gleiche Stufe wie die europäischen

1 Vgl. das Interview im Letzebuurger Journal vom 28.12.2006.

2 Die gemeinsame Initiative ist abrufbar auf der Seite des luxemburgischen Außenministeriums, www.mae.lu/.

3 Die luxemburgische Position stellte er in einem Vortrag für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Potsdam im Juli 2007 dar. Siehe Asselborn, Jean: Die Europäische Union in der Welt“, Vortrag vor der Sommer-Universität der Friedrich-Ebert-Stiftung in Potsdam am 16.07.2007.

Menschenrechte stellen. Eine europäische Türkei sieht Luxemburg im Interesse beider Seiten. Eine Europäische Nachbarschaftspolitik, die darauf abzielt, einen auf Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufbauenden Raum rund um die EU zu festigen und die Reformprozesse in den Partnerländern in der Nachbarschaft der Union zu unterstützen, wird seitens Luxemburg als richtiger Ansatz gesehen. Entscheidend für Außenminister Asselborn ist die Einbeziehung Serbiens in eine Lösung der Kosovofrage, denn wenn Serbien nicht stabilisiert ist, bleibt auch der gesamte Balkan instabil. Asselborn sieht aber selbst das Problem einer einheitlichen EU-Außenpolitik nicht gelöst, wenn es einen EU-Außenminister gibt. Denn dann müsste die EU in wichtigen Fragen innerhalb weniger Tage immer noch zu einer gemeinsamen Position finden.

Der Integrationsprozess erhielt nicht zuletzt durch die Berliner Erklärung vom 25. März 2007 zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge eine Eigendynamik, die letztlich zur Unterzeichnung des Reformvertrags im Oktober 2007 führte. Wenn es insbesondere der französische Präsident Sarkozy, der italienische Ministerpräsident Prodi und der portugiesische Ratspräsident Socrates waren, die letztlich Polen zu einem Kompromiss geführt haben, so war es aber auch die kompromisslose Haltung von Premierminister Juncker, die die Polen einlenken ließ. Juncker stellte sich den polnischen Forderungen nach Kompensation für den relativen Verlust ihrer Machtposition gegenüber den bisherigen Bestimmungen entgegen und lehnte die Verankerung der „Ioannina-Formel“ im neuen Vertrag deutlich ab. Juncker befürchtete, dass mit einer Vertragsverankerung die „Büchse der Pandora“ geöffnet werden könnte und andere Staaten dann dem polnischen Beispiel folgen und den Entscheidungsprozess der EU unendlich verzögern könnten. Doch letztlich waren auf dem Lissaboner Gipfel im Oktober 2007 nach Auffassung von Außenminister Asselborn die Probleme mit Polen geringer, als man hätte befürchten müssen.

Starke Kritik an den USA

Besonders hervorgehoben muss die starke Kritik, die Luxemburg gegenüber der Bündnisführungsmacht USA artikulierte. So erklärte sich Außenminister Asselborn mit vielen Entscheidungen der US-Regierung nicht einverstanden: „das Gefangenenlager Guantánamo, das vorgeschlagene Raketenschild, der geheime Transfer von Gefangenen in Länder, die es mit den Menschenrechten nicht so ernst nehmen, usw. Wenn es um Werte geht, darf es nicht eine amerikanische und eine europäische Schiene geben. Menschenrechte sind universal, unteilbar und generell“.⁴ Zwar ist auch für Luxemburg die europäisch-amerikanische Partnerschaft unverzichtbar, aber Luxemburg tritt für eine EU ein, die auf Augenhöhe mit den USA agiert und von den USA als gleichberechtigter Partner behandelt wird.

Luxemburg – Kulturhauptstadt mit europäischer Ausstrahlung

2007 war Luxemburg zusammen mit dem rumänischen Sibiu (Hermanstadt) europäische Kulturhauptstadt. Doch nicht nur Luxemburg stand im Zentrum dieses Ereignisses, sondern die ganze Großregion. Zusammen mit Lothringen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Wallonien präsentierte das Großherzogtum sein kreatives Potenzial – grenzenlos, grenzüberschreitend und sein großes europäisches Bekenntnis praktizierend.

Weiterführende Literatur

Lorig, Wolfgang/Hirsch, Mario: Das politische System Luxemburgs. Eine Einführung, Wiesbaden 2007.

4 Ebd., S. 4.